

## EntschlieÙung

### **des Burgenländischen Landtages vom 30. Juni 2022 betreffend „Stopp der versteckten Parteienfinanzierung“**

Diverse politische Skandale, wie die Ausschüttung von Förderungen aus dem NPO-Fonds, die nahezu ausschließlich an ÖVP-nahe Vereine gingen sowie die Ausschüttung von Covid-19-Förderungen des Bundes an Großspender der ÖVP, aber auch die jüngst bekannt gewordene Causa bzgl. der Rechnungslegung im Verfahren vor dem VfGH bzgl. Auflösung des Jagdverbandes, verdeutlichen, wie stark der Einfluss auf politische Entscheidungsträger sein kann. Das Vertrauen und die Glaubwürdigkeit in die Politik leiden dadurch stark. Dieses Vertrauen und diese Glaubwürdigkeit gilt es nun zurückzugewinnen. Ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung ist die Unabhängigkeit und Unbeeinflussbarkeit von politischen Parteien sicherzustellen. Solange politische Parteien Spenden lukrieren können, kann immer ein Abhängigkeitsverhältnis zwischen politischen Parteien und SpenderInnen bestehen und somit auch eine Beeinflussbarkeit von politischen Parteien.

Die bloÙe Möglichkeit der Beeinflussbarkeit schadet nicht nur dem Ansehen der Politik, sondern verhindert auch, dass das höchste Ziel der Politik an sich verwirklicht werden kann, nämlich Politik für alle Menschen zu machen anstatt für eine kleine privilegierte Gruppe. Das Wesensmerkmal der Demokratie ist, dass die Macht vom Volk ausgeht und diese Macht nicht von einigen wenigen erkauft werden kann. Demokratie darf nicht käuflich sein und es darf auch nicht der Anschein erweckt werden, dass Demokratie käuflich sein kann.

Ebenfalls darf über die gesetzliche Parteienförderung bzw. die Klubförderung hinaus kein Steuergeld für politische Zwecke verwendet werden. Beispielsweise wurde im Frühjahr 2020 der NPO-Fonds eingerichtet, um gemeinnützige Vereine und andere Non-Profit-Organisationen sowie Einrichtungen anerkannter Glaubensgemeinschaften und Freiwillige Feuerwehren durch die Covid-19-Krise zu bringen. Aus einer parlamentarischen Anfrage im Nationalrat Ende Mai geht jedoch hervor, dass nahezu ausschließlich ÖVP-nahe Vereine von diesen Förderungen profitiert haben. Beispielsweise soll alleine der oberösterreichische ÖVP-Seniorenbund zwei Millionen Euro aus diesem Fonds erhalten haben. Diese geleisteten Zuschüsse müssen seitens der Organisationen zurückbezahlt werden. In weiterer Folge sollen mit diesen Mitteln Maßnahmen zur Bekämpfung der steigenden Inflation finanziert werden.

Der Landtag hat beschlossen:

Der Landtag bekennt sich zu einer unabhängigen Politik und spricht sich gegen Parteienspenden aus.

Der Landtag spricht sich klar gegen eine Finanzierung parteipolitischer Aktivitäten durch andere private oder öffentliche Rechtsträger aus.

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten diese möge die ausgeschütteten Förderungen aus dem NPO-Fonds an die ÖVP-nahen Vereine umgehend zurückfordern und diese Mittel zur Abfederung der Inflation verwenden.